

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.
Haben & Komp., Nr. 20018.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort: Dresden.
Verl. Kruhsch.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst ausschließlich Bringerlohn monatlich 1,60 M. Durch die Post bezogen wöchentlich 4,80 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 7,10 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weitzingerplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Korrespondenz: Weitzingerplatz 10. Tel. 25281.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserte werden die Tagesblätter mit 50 Pf. berechnet, bei dreiwöchiger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Dauerinserten. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 256.

Dresden, Sonnabend den 2. November 1918.

29. Jahrg.

Der Kaiser und die Parteien.

Vier Landtagsabgeordnete als Staatsminister ernannt. — Die Tschechenherrschaft in Deutschböhmen.

Wenn schon, denn schon.

Die Frage des Kronvertrages des Kaisers erregt die Gemüter und wird überall mit gewisser Leidenschaftlichkeit besprochen. Dabei laufen die Meinungen ziemlich weit auseinander, und vielfach werden der Kern der Frage und ihre ganz Tragweite nicht recht erkannt.

Das einfache Volksgelübte sagt, die Abdankung des Kaisers ergäbe sich naturgemäß mit dem Zusammenbruch des alten Systems, an dessen Spitze er stand. Die schweren Fehler der deutschen Politik in den letzten Kriegsjahren — U-Bootkrieg, Friedensvertrag mit Rußland — konnten nicht ohne Mitverantwortung des Kaisers begangen werden. Wenn er also an dem schweren Unheil, das durch die Kriegsverlängerung über unser Land gekommen ist, mitverantwortlich ist, so müsse er hinaus auch die unüberwindlichen Konsequenzen ziehen. Dazu kommt die weitere und jetzt wichtigste Frage, ob das Verbleiben des Kaisers nicht ein Hindernis des Friedens ist. Man könnte aus Wilsons Worten den Eindruck gewinnen, als ob Wilson dem deutschen Volke einen schnellen und besseren Frieden gehen wolle, wenn er nicht mit dem bisherigen Herrscher, sondern mit wirklichen Vertretern des deutschen Volkes zu verhandeln hätte.

Von anderer Seite wird bestritten, daß das Verbleiben des Kaisers ein Friedenshindernis sei. Die Verzögerung des Waffenstillstandes wird auf die Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten zurückgeführt, die zwischen Wilson und seinen Mitarbeitern bestehen. Im übrigen ist für die bürgerlichen Parteien in Deutschland der Gedanke der Kaiserabdankung sehr überaus gekommen und sie werden dabei das Empfinden nicht verhehlen, daß mit dieser Abdankung eine Bahn beschritten werden könnte, deren Ende unabsehbar sei. Sie glauben, daß mit den Verfassungsänderungen genug geschehen sei, durch die das „preussische Regiment“ des Kaisers beseitigt wurde.

Ziel zu wenig aber wird bei all diesen Betrachtungen bei einer und der anderen Seite beachtet, daß mit der Abdankung des Kaisers eine ganze Reihe weiterer und für die Entwicklung Deutschlands wichtiger Fragen in nächstem Zusammenhang stehen würde. Zunächst ist wohl klar, daß der Kronvertrage des Kaisers allein für seine Verlobung keine Lösung der jetzigen Schwierigkeiten bringen würde. Der Kronprinz ist mindestens ebenso belastet wie sein Vater und Sympathien für ihn sind jedenfalls äußerst wenig vorhanden. Danken wir Kaiser und Kronprinz ab, so könnte der jährlingjährige Enkel in Frage kommen, und es würde nach der preussischen Verfassung der der Krone nächststehende Anwärter als Regent und damit zugleich als Kaiser in Reichs aussitzen. Auch das ist eine durchaus nicht verlockende Aussicht. Wenigstens wird in weitesten Kreisen des deutschen Volkes die Meinung bestehen, daß wenn einmal Kaiser und Kronprinz nicht bleiben können, es dann auch gar keinen Zweck mehr hat, das Experiment eines minderjährigen „Kaisers“ und einer sehr ungewissen Regentschaft zu machen. Die Stimmung dürfte dann wohl mehr dahin gehen:

Wenn schon, denn schon! Wir befinden uns in der unheimlichsten weltgeschichtlichen Katastrophe unseres Volkes. Da müde es schon besser, keine Panzer zu schaffen.

Hierbei dürfen wir uns aber nicht darüber täuschen, daß die Umwandlung des Reichs in eine Republik nicht denkbar ist ohne Rücksicht auf die Einzelstaaten und ihre Verfassungen. Es würde sich auch nicht nur um die vielen Dynastien handeln, die in den Einzelstaaten vorhanden sind, sondern vor allem würde die große Frage sich erheben, ob die Einzelstaaten in ihrem bisherigen Bestand vor dem Richterstuhl der Geschichte noch Anspruch auf dauernde Existenz haben können. Der Weltkrieg hat sehr deutlich gezeigt, daß der Partikularismus ein schlimmer Feind der deutschen Wohlfahrt ist. Die ganze Organisation des Reichs hat sich als völlig unzureichend erwiesen. Hier erwachsen also sehr schwierige Probleme von weitestgehender Tragweite, die in jetziger Stunde nur angebeutelt werden können, deren Lösung aber nicht im Pandurenreigen erfolgen kann. Ob es jetzt zum Kronvertrage des Kaisers kommt oder nicht, sicher ist, daß bis in die letzten Grundfragen der deutschen Verfassung ein neues Werden sich ankündigt. Bei der Lösung all dieser Fragen kann nur der erste Schritt in Frage kommen: Was kommt dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit am besten?

Die Agitation gegen die Monarchie.

Unter dieser Überschrift giebt die Deutsche Tageszeitung ihren Born in Weitzingerform über alle jene aus, die die Dohndrohungen zu erörtern wagen. Wir geben zu, daß es für die Parteipolitik sehr schmerzhaft sein muß, wenn an dem heiligen Schmelz ihrer bisherigen Macht gerüttelt wird, aber dieser Schmerz ändert nichts an der Tatsache, daß die Abdankungsfrage in den Diskussionen der Parteien und ihrer Führer allmählich einen breiten Raum einnimmt. Charakteristisch

Der amtliche deutsche Kriegabericht.

Wib. Berlin, 1. November, abends. (Kont.)
An der Front ist nichts Neues zu berichten. Südlich Zeina haben wir uns weiterem Angriffen durch Ausweichen auf die Seite entzogen. Südlich Valenciennes kamen englische Ausgriffe an erfolgreichen Gegenangriffen zum Stehen.

Gewaltiger Rückzug an der Westfront und zwischen Rom und Neapel. Die Invasion der Franzosen auf den Rhein, nördlich Chateau de Valenciennes und südlich Valenciennes hat sich auf beständige Einbrüche beschränkt. Die Angriffe der Amerikaner wurden in Linie Champagne — Bayonne — Bordeaux aufgefangen.

Der Bericht des Hauptquartiers ist bis 3.15 Uhr noch nicht eingegangen, wir werden diesen daher erst in der nächsten Nummer zum Abdruck bringen.

Reichstag und Regierung

Sind einig in dem festen Willen, den Kriegsanleihe-Zeichnern gegenüber des Reichs Ehrenpflicht zu erfüllen, jede Verletzung ihrer Rechte abzuwehren und ihnen, so weit es angeht, Vergünstigungen zu gewähren.

Darum zeichnet die Kriegsanleihe!

textisch für süddeutsche Stimmungen ist es, daß (wie die D. Z. sagt) „der bekannte Delegierte Dr. Prof. Quide“ in einer Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei in München in aller Form in einer Resolution die Kronentragung des Kaisers als des Repräsentanten des alten, jetzt zusammengebrochenen Systems fordern ließ.

Auch die Reichstagsfraktionen kommen um eine öffentliche Darlegung ihrer Stellungnahme nicht herum. Die Haltung des Zentrums gibt die Germania wieder; sie schreibt:

In einem bemerkenswerten Aufsatz spricht der Daily Chronicle von englischen Verfassungen, die sich an den amerikanischen Kampf gegen das deutsche Kaiserium anknüpfen. Man liest in England mit Recht, daß mit dem deutschen Kaiserium ein weiteres Stück Autorität und eines der letzten Bollwerke gegen den anwachsenden europäischer, kriegsgefährlichen Weltismus verloren ginge. Unter diesen wird von Ideen und Reichs werden von Ideen zusammengehalten. Das müssen wir Deutschen und vor Augen halten, damit wir jenseits vom Schicksal der Vereinigung und Abriegelung nicht verfallen, daß mit der Abdankung des Kaisers das Schicksal des Deutschen Reichs sich verändere, indem es würde, und daß vor allem auch ein Form gegen die Gefahren der Weltkrise abgetragen würde. Freilich eine ist notwendig: Der gegenwärtige Träger der Kaiserkrone muß sich bewußt und rücksichtslos für einen neuen Einsetzung des Reichslands bekennen.

Wenn das Zentrum keine anderen Sorgen hat, so ist die Angst vor den Folgen der Dohndrohungen überflüssig. Die Monarchie hat und nicht davor bewahren können, daß die Herrschaft des Nationalismus in Deutschland bis in die letzten Zeiten hinein ständig zunahm. Und was das Gefüge des Deutschen Reichs anbelangt, so wird es von den wirtschaftlichen Interessen aller Stämme zusammengehalten. Daneben erscheinen sämtliche deutschen Dynastien wie ein alter Robb, der uns seit dem Mittelalter anhaftet. Dieser Robb der Waffendynastie ist ein so altertümliches Reliquat, daß er im Wilde des neuen Deutschlands dauernd sitzen wird und darum ins Museum der Geschichte gehört.

Das wäre auch zu sagen zur Stellungnahme der Nationalliberalen, die die Monarchie als Symbol der Reichseinheit hüten wollen; die Fraktion ist mit der Partei der Ansicht, daß das Erstreben einer republikanischen Staatsform der Auflösung gleichzusetzen ist. Man darf dies als Ansicht der nationalliberalen Parteien ansehen, denn schon die linksnationalliberale Berliner Morgenzeitung behandelt das Thema ohne Umschweife und schreibt:

„In einem großen Teil des Volkes wird mit einer baldigen Abdankung des Kaisers gerechnet, man nimmt sie als sicher an. Wir haben bereits früher zum Ausdruck gebracht, daß es sich nicht um die Verlesung handeln kann, daß aber der monarchische Gedanke, der in Deutschland so fest verankert ist, nicht so leicht abzuwehren ist. Und er selbst Schaden, wenn mit einer Tat, die vielleicht doch getan werden muß, allzulange gezögert wird. Man wird wohl mit einer schnellen Einberufung des Reichstags zu rechnen haben. Die Entscheidung darüber, ob die die Reichsregierung gestellt ist, sind die schwerwiegendsten, die je zu fassen waren.“

Dieses wohl nationalliberale Blatt nimmt also die Abdankung als ebenso unabänderlich hin wie der größte Teil der liberalen Presse. Man sollte meinen, selbst Hohenzollern-Verfechter (soweit es solche überhaupt gibt) müßten einen solchen Schritt für notwendig erklären, der einem großen Teil unserer Deutschen nicht so — müde gesagt — gleichgültig geworden ist!

Scheidemann, der Kaiser und des Kriegsanleihe.

Die Volk. Ztg. berichtet, Genosse Scheidemann habe an den Reichstagsfraktionen eine Denkschrift gerichtet, in der die Reichsanleihe dargelegt wurde, daß der Kaiser zurücktrete. Es ist richtig, daß von Scheidemann ein derartiger Schritt unternommen wurde. Wir können hinzufügen, daß er im Einvernehmen mit den Fraktionen der Partei und der Reichstagsfraktionen erfolgt ist.

Der Chef des Reichskabinetts, der ehemalige Reichsminister Helldorf, der vorgestern, nach der Abdankung des Kaisers, zum Großen Hauptquartier gereist war, ist nach Berlin zurückgekehrt. Es ist anzunehmen, daß sich aus seinem kurzen Besuch im Hauptquartier keine besondere Veränderung der Situation ergeben hat. Diese Situation bietet laut H. Z. sehr ernste Schwierigkeiten, und kann, wenn sie andauert, zu Entschärfungen führen, welche für die ganze innere Entwicklung folgenreich sein müßten. In politischen Kreisen wird noch die Erwartung geäußert, daß der Kaiser sich nach Berlin zurückziehen werde. Eine einheitliche und wirksame Stellungnahme gegenüber den Waffenstillstandsbedingungen der Entente, die in den nächsten Tagen bekannt werden dürften, könnte natürlich unter den gegenwärtigen Umständen erheblich erschwert sein und es wäre daher mit manchen Hindernissen zu rechnen. Gegenüber allen anderläufigen Meinungen muß betont werden, daß der Reichskabinettschef einen bindenden und einseitigen Beschluß in der Abdankungsfrage fassen nicht darf, wogegen der Wunsch, daß der Kaiser in dieser Zeit zu heftiger Stellungnahme und Kritik in Berlin weilen möchte, allerdings ein einmütiger ist.

Uberschwemmungen in Harbern.

Westerham, 31. Oktober. Nach einem tiefen Witterte ist der Emsdörferdamm bei der englischen Grenze mit, daß die Deutschen durch die Zerstörung der Schienen das ganze Schiffschiff von Valenciennes bis sechs Meilen von Coxyde unter Wasser setzen und in einen See von vier Meilen Breite überwandeln. Von Valenciennes bis zum Kanal ist das ganze Land überschwemmt. Das Volk ist noch immer im Streifen, so daß die Arbeit von Herden und Säben aus nur sehr schwer zu erzielen ist.

Einleitung der deutschen Luftangriffe an der Front.

Berlin, 2. November. Ueber einen deutschen Vorstoß zur Einleitung der Luftangriffe hinter der Front heißt es in der Reichsdeutschen Allgemeinen Zeitung halbamtlich: Die Deutsche Fliegerarmee hat aus Gründen der Menschlichkeit und um wichtige Rettungen auf beiden Seiten zu erwirken, den andern Kriegsländern durch Vermittlung der schweizerischen Regierung vorgeschlagen, Luftangriffe im feindlichen Lande hinter dem Operationsgebiet vollständig zu unterlassen. Die deutschen Fliegerkräfte haben schon Anfang Oktober einvernehmlichen Befehl erhalten. Zugleich haben die Gegner noch in jüngster Zeit gegen eine Anzahl der schwersten Bombenangriffe unternommen, die zahlreiche Opfer unter der bürgerlichen Bevölkerung gefordert haben.

Grüner Lebenshoffnung nachfolgt.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet: Generalleutnant Schneider ist als Nachfolger des Generalleutnants Lubendorf zum ersten Generalquartiermeister ernannt worden und hat, wie der geheime Oberbefehl zeigt, seinen Posten bereits angetreten.

Sie bringen sich in Sicherheit!

In Köln rufen die „Vorwärts“ schon seit Mitte Oktober zur Mith vor dem gefährlichsten feindlichen Ueberfall und verlassen jetzt nicht die Stadt. Unter Kölner Vorwärts, die Rheinische Zeitung, erklärt von autändiger Stelle, daß die Bevölkerung der westdeutschen Städte angewiesen werden, die vorzeitig verlassenen Wohnungen nötigenfalls in Benutzung zu nehmen. Die wohnenden Flüchtlinge würden sich alle empfindlich geschädigt haben. Freilich, sagt das Blatt hinzu, würden manche Flüchtlinge sich weniger vor Franzosen, Engländern und Amerikanern als vor dem „Völkerverwund“. Es doch ihnen das schlechte Gewissen und sie würden gerne in Sicherheit bringen, was sie sich an Kriegsgewinnen angeeignet haben. Nicht aber die bolschewistische Welle herein, so werden sie ihren Familien anheimeln in wenig verbergen können wie in Köln. Weichen sie von dem Völkerverwund verhalten, so wird sich die Sozialdemokratie die „Völkerverwund“ geben, die Kriegsgewinne der Reichen wieder der gesamten Völkerverwundung zuzuführen.